

**N I E D E R S C H R I F T**

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **04.05.2009** AWO Kindergarten, Schwüblingser Weg 29, 31303 Burgdorf

16.WP/JHA/013

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:30 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:    Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

**stellv. Vorsitzende**

Ethner, Regina

**Mitglied/Mitglieder**

Meinig, Birgit  
Rück, Stefanie  
Wackerbeck, Ursula

**stellv. Grundmandatar/e**

Lüddecke, Dieter

Vertretung für Frau Prof.  
Dr. Dr. Ina Wunn

**Vertreter/innen der Jugendverbände**

Kardolsky, Thorsten  
Schrader, Sonja

**Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe**

Meine, Agnes  
Röttger, Fritz

Vertretung für Frau Gisela  
Bittkau

**Beratende/s Mitglied/er**

Erzieherin  
Vertreterin des örtlichen  
Kinderschutzbundes

Adlunger, Birte  
Goldbach, Jutta

Lehrkraft

Hedrich, Marion  
Heinze, Anette  
Kuchenbecker-Rose,  
Antje

Vertreter der Interessen  
ausländ. Kinder und Ju-  
gendlicher

Paul, Matthias

von Tiling, Klaus

**Gast/Gäste**

Bendig, Dagmar

## **Verwaltung**

Bürgermeister

Baxmann, Alfred  
Beneke, Ernst-August  
Lahmann, Jörg  
Niemann, Jens  
Pape, Petra  
Raue, Nicole  
Riessler, Stefanie  
Strecker, Dagobert  
Witte, Bernd

Bürgermeister

bis TOP 15

bis TOP 11

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

#### **Einwohnerfragestunde**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Aussprache über die Besichtigung des AWO Kindergartens
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.02.2009
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Spielplatz Baugebiet südl. Beerbuschweg  
Vorlage: 2009 0533
7. Familienhebamme;  
Bezugsvorlage-Nr. 2007 0100/1  
Vorlage: 2009 0524
8. Kindergartenbedarfsplanung 2009  
Vorlage: 2009 0495
9. Zweite Krippengruppe Südstadt  
Vorlage: 2009 0515
10. Erweiterung KiTa Otze - Vorstellung der Planung  
Vorlage: 2009 0530
11. Kindergartengebührensatzung  
Vorlage: 2009 0481
12. Gebühren Tagespflege  
Vorlage: 2009 0486
13. Neuregelung Tagespflegegebühren  
Vorlage: 2009 0521

14. Konjunkturpaket II - Förderbereiche und mögliche Maßnahmen  
Vorlage: 2009 0508
15. Zuschüsse an Jugendgruppen  
Vorlage: 2009 0529
16. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### Einwohnerfragestunde

#### Öffentlicher Teil

##### **Einwohnerfragestunde**

- keine -

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt als Gast zu Tagesordnungspunkt 7 die Familienhebamme **Frau Bendig** sowie **Frau Marion Hedrich** und **Herrn Klaus von Tiling** als neue beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss. Entschuldigt haben sich **Frau Börges** und **Herr Müller-Brandes**. Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

#### **2. Aussprache über die Besichtigung des AWO Kindergartens**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bedankt sich bei **Frau Bormann** vom AWO-Kindergarten für die Gastfreundschaft und die zuvor vorgestellte Arbeit des Familienzentrums. Sie erkundigt sich, ob es auch Angebote für Großeltern und Geschwisterkinder bereithalte.

**Frau Bormann** berichtet, dass derzeit zusammen mit der Kirchengemeinde St. Paulus ein entsprechendes Konzept erarbeitet werde. Derzeit gebe es noch keine auf Großeltern gerichtete Angebote. Alle Großeltern seien jedoch herzlich eingeladen, an allen Veranstaltungen teilzunehmen. Für kleinere Geschwisterkinder gebe es Nachmittagsprojekte.

#### **3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.02.2009**

---

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

#### 4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

- keine -

#### 5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Beneke** informiert, dass am 5. Mai 2009 das Richtfest der Kindertagesstätte Nord-West stattfände. Die Eröffnung sei für den 01. Oktober 2009 geplant. Derzeit bestehe eine starke Nachfrage nach Krippenplätzen. Aus diesem Grund sei es vorgesehen, zwei Krippengruppen und eine Kindergartengruppe anzubieten. Je nach Bedarf werde eine zweite Kindergartengruppe installiert.

Des Weiteren informiert **Herr Beneke**, dass die Resolution des Rates der Stadt Burgdorf, zur Verbesserung der Qualität in den Tageseinrichtungen für Kinder in Niedersachsen, Sitzungsvorlage Nr. 2008 0468, im Dezember 2008 an das Land weitergeleitet worden sei. Die Resolution werde im Kulturausschuss des Landes behandelt. Erfahrungsgemäß nehme die Bearbeitung längere Zeit in Anspruch. Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bittet die Verwaltung, die Angelegenheit nicht auf sich beruhen zu lassen und sich nach dem Sachstand zu informieren.

Für den Krippenneubau des Kinderschutzbundes stehen Fördermittel des Landes in Höhe von 71.000,- € zur Verfügung. Seitens der Region Hannover läge noch keine Entscheidung vor. Zumindest seien inzwischen die Förderrichtlinien der Region Hannover zugegangen, so dass in Kürze mit einer Einzelfallentscheidung gerechnet werde.

Der Krippenneubau der Kirchengemeinde St. Paulus werde vom Land mit einem Betrag in Höhe 94.000,- € gefördert. Hier werde der Bescheid der Region Hannover ebenfalls noch erwartet.

Des Weiteren berichtet **Herr Beneke**, dass die Region Hannover für die Legasthenie- und Dyskalkulie-Untersuchungen ein Entgelt erheben wolle. Dieses sei im Rahmen der Haushaltskonsolidierung verabschiedet worden. Zusammen mit den anderen regionsangehörigen Jugendämtern werde derzeit die weitere Vorgehensweise abgestimmt. Pro Untersuchung müssten Kosten in Höhe von rund 1.000,- € veranschlagt werden.

**Herr Strecker** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nur die regionsangehörigen Kommunen mit eigenem Jugendamt die Kosten zu tragen haben. Damit tritt eine doppelte Belastung ein, da die regionsangehörigen Kommunen mit eigenem Jugendamt auch die Kosten der regionsangehörigen Kommunen ohne eigenes Jugendamt über die Regionsumlage zu tragen hätten.

Des Weiteren teilt **Herr Strecker** mit, dass im Rahmen des niedersächsischen Musikalisierungsprogrammes im Schuljahr 2009/2010 eine Kooperation von Musikschulen und Kindertageseinrichtungen vorgesehen sei. Im Rahmen dieses Programmes arbeiten beide Einrichtungen zusammen, um das gemeinsame Singen, Spielen und Tanzen von Kindern im Elementarbereich zu fördern. Im Schuljahr 2009/2010 kann die Musikschule eine Fördersumme in Höhe von 7.200,- € erhalten. Der zeitliche Umfang des von der Musikschule dafür zu erbringenden musikalischen Angebots beträgt mindestens neun Jah-

reswochenstunden. Die Vergabe sei noch nicht geklärt.

**Herr Niemann** berichtet, dass das Land Niedersachsen mit dem neuen Programm „DabeiSein!“ die Förderung der Stiftung Familie in Not um 250.000,- € ausgeweitet habe. Landesweit sollen über diesen Sonderfond finanziell schlechter gestellten Familien und Kindern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtert werden.

Insbesondere sollen Zuschüsse gewährt werden für

- Jugend- und Familienfreizeiten,
- Erholungsmaßnahmen,
- Kursgebühren für Musik und Kunstschulen,
- Kurse für Volkshochschulen,
- Mitgliedsbeiträge für Sport- und Musikvereine,
- Nachhilfeunterricht,
- Klassenfahrten,
- KiTa-Fahrten,
- Fahrtkosten für Oberstufenschüler-/innen.

Für die Antragsannahme konnte der hiesige Deutsche Kinderschutzbund e.V. sowie die Diakonie gewonnen werden. Anträge können ab sofort gestellt werden.

**Herr Witte** teilt mit, dass die Besucherzahlen in den Jugendzentren über die Jahre gleich geblieben seien. Die in der Betriebsabrechnung veröffentlichten Zahlen von 2007 aus dem Haus der Jugend Ramlingen-Ehlershausen seien fehlerhaft gemeldet und damit insgesamt zu niedrig. Die Besucherzahlen von 2008 seien bei einem durchschnittlichen Besuch von 15 bis 18 Teilnehmern pro Woche und Tag auf dem normalen Level.

Des Weiteren seien die Öffnungszeiten der Jugendzentren im regionsweiten Vergleich sehr benutzerfreundlich. Eine weitere Ausdehnung der Öffnungszeiten sei weder möglich noch sinnvoll. Den Kollegen müssten Vor- und Nachbereitungszeiten zur Verfügung stehen.

Die Nutzung des Kellerbereiches im Jonny B. sei bis auf Weiteres eingestellt. Aus Gründen des Brandschutzes werde im Keller in diesem Jahr ein Fluchtweg gebaut. Erst danach werde der Kellerbereich wieder für Musiker freigegeben. Voraussichtlich werde dieses im Oktober 2009 der Fall sein .

Der elfte Literaturwettbewerb sei am 17. April 2009 mit einer feierlichen Preisverleihung abgeschlossen worden. Über 160 Jugendliche hätten über 300 Gedichte und Geschichten eingereicht.

In der 18. Kalenderwoche seien noch einmal alle Händler in Burgdorf, die Alkohol verkaufen, angeschrieben und auf die Belange des Jugendschutzes aufmerksam gemacht worden.

Des Weiteren sei unter der Leitung der Stadtjugendpflege am 14. Juni 2009 ein großes Kinderfest im Schlosspark mit über 20 Gruppen und Verbänden vorgesehen.

Frau **Melanie Böhm** aus dem Bistro befände sich in Elternzeit. Eine Neubesetzung habe vorgenommen werden müssen.

6. **Spielplatz Baugebiet südl. Beerbuschweg**  
**Vorlage: 2009 0533**

---

**Frau Riessler** erläutert, dass der Bebauungsplan „Südlicher Beerbuschweg“ im westlichen Rand des Geltungsbereichs zwischen vorhandener und neuer Bebauung einen Grünzug mit Spielplatz vorsehe. Eine Kinderbeteiligung habe stattgefunden. Das Ingenieurbüro Sport- und Freiraumplanung, **Herr Dieter Grundmann**, sei mit den Planungen beauftragt worden.

**Herr Grundmann** stellt die Planungen im Einzelnen vor. Als Abgrenzung zu den Spielplätzen in der Umgebung solle der Spielplatz das identitätsstiftende Leitthema: „Piraten“ erhalten.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, erkundigt sich, welche Hölzer verwendet werden. **Frau Riessler** erläutert, dass inzwischen nur noch Robini- und Eichenholz verwendet werde. Damit werde eine längere Haltbarkeit erzielt. **Frau Riessler** weist zudem darauf hin, dass die Kostenschätzung derzeit den Bau der Holzterrasse in Form eines gestrandeten Floßes nicht zulasse. Die Verwaltung habe in der Ausschreibung jedoch die Holzterrasse als Option mit aufgenommen, um im Fall eines günstigeren Ausschreibungsergebnisses dieses Element doch noch verwirklichen zu können.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Stadt Burgdorf, folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Verwaltungsausschuss beschließt:  
den Spielplatz wie in der Vorlage 2009 0533 dargestellt, bauen zu lassen.**

- einstimmiger Beschluss -

7. **Familienhebamme;**  
**Bezugsvorlage-Nr. 2007 0100/1**  
**Vorlage: 2009 0524**

---

**Herr Niemann** berichtet, dass in den vergangenen zwei Jahren nur vereinzelt die Familienhebamme eingesetzt werden konnte. Aus sozialpädagogischer Sicht reiche der Einsatz von Familienhebammen häufig nicht aus, so dass überwiegend die Installation sozialpädagogischer Familienhilfen erforderlich gewesen sei.

**Frau Bendig** stellt kurz sich und ihre Aufgabe als Familienhebamme vor. Familienhebammen seien staatlich examinierte Hebammen mit einer Zusatzqualifikation, deren Tätigkeit die Gesunderhaltung von Mutter und Kind fördere. Dabei läge der Schwerpunkt der Arbeit auf der psychosozialen, medizinischen Beratung und Betreuung von Risikogruppen durch aufsuchende Tätigkeit. Leider sei sie in Burgdorf noch nicht so häufig zum Einsatz gekommen. Ihrem Gefühl nach entwickle sich dieses Hilfsangebot in Burgdorf langsamer als in anderen Jugendamtskommunen. Sie sei jedoch guten Mutes, dass sich die Hilfe aber etwas später auch in Burgdorf etablieren werde.

**Frau Ethner** erkundigt sich, ob mehr Öffentlichkeitsarbeit erforderlich sei. **Herr Niemann** betont, dass der Einsatz der Familienhebamme ein hochschwelliges Hilfsangebot darstelle, dessen Einsatz vom Jugendamt geprüft werden müsse. Aufgrund der Konfliktlage seien Familienhebammen häufig überfordert. Der Einsatz von sozialpädagogischen Familienhelfern sei daher geboten. Seitens des Jugendamtes werde die jeweils zu erbringende Hilfe sehr genau abgewogen. Er müsse den Vorwurf **Frau Bendigs**, die Hilfe sei in Burgdorf noch nicht angekommen, entschieden zurückweisen.

## 8. **Kindergartenbedarfsplanung 2009** **Vorlage: 2009 0495**

---

**Herr Beneke** fasst zusammen, dass die Kindergartenversorgung als ausreichend anzusehen sei.

Ab dem 01.08.2009 seien alle Horte voll belegt. Für die Schulkinderbetreuung ständen insgesamt 140 Plätze zur Verfügung. Aufgrund des hohen Bedarfs im Hort Weststadt, sei der Einsatz einer dritten Kraft sowie Inventarergänzungen erforderlich gewesen. Die weitere Entwicklung sei abzuwarten. Sofern der Bedarf weiter wachse, müsse neu geplant werden. Die derzeit zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten seien ausgeschöpft.

Hinsichtlich der Schulkinderbetreuung in Ehlershausen ständen drei Angebote zur Diskussion:

1. Ausweitung des Wichteltreffsangebotes, ggfs. mit finanzieller Unterstützung seitens der Stadt.
2. Vorhaltung von stadteigenem Personal und Entwicklung eines Betreuungsmodells in Verbindung mit der „verlässlichen Grundschule“.
3. Schaffung eines Hortangebotes nach den Bestimmungen des KiTa-Gesetzes.

Lt. Aussage des Wichteltreffs sei das derzeitige Angebot mit Mittagessen und Betreuung bis ca. 14.30 Uhr ausreichend.

Hinsichtlich der Krippenplanungen führt **Herr Beneke** aus, dass für Kinder unter drei Jahren ein Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem 01.08.2013 bestehe. Die Betreuung in Form der Tagespflege sei zurzeit schwierig umzusetzen, da sich das Akquirieren von weiteren Tagespflegepersonen schwierig gestalte. Für 2010 sei der Umbau des Küsterhauses der Kirchengemeinde St. Paulus vorgesehen. Es stehe zur Diskussion, dort auch noch eine weitere Krippengruppe einzurichten.

**Herr Lüdecke** erkundigt sich, ob das Betreuungsangebot in der Kindertagesstätte Nordwest ausreichend sei. Seiner Information nach sei die Nachfrage höher als das Angebot.

**Herr Beneke** erwidert, dass er dieses nicht bestätigen könne. Es werde versucht, flexibel auf den Bedarf zu reagieren.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann** bestätigt, dass die zweite Krippengruppe zwar gut gefüllt, aber nicht überfüllt sei. Sie regt an, im Bedarfs-

fall eine Hortgruppe einzurichten, sofern der Bedarf für eine zweite Kindergarten-Gruppe nicht bestehe.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, folgenden Beschluss zu fassen:

**Der Rat der Stadt Burgdorf stellt in Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung von 2007 (Vorlage 2007 0117 und Vorlage 2007/0117/1) das vorhandene Angebot an Kindergärten, Horten und Krippen sowie den Bedarf und den weiteren erforderlichen Ausbau gemäß den Anlagen zu dieser Vorlage fest.**

**- einstimmiger Beschluss-**

**9. Zweite Krippengruppe Südstadt  
Vorlage: 2009 0515**

---

**Herr Beneke** berichtet, dass bei einem Ortstermin der Gedanke entstanden sei, einen Anbau am Gemeindehaus für die Einrichtung einer dritten Krippengruppe zu schaffen. Unabhängig von der Einrichtung der zweiten Krippengruppe wäre zu klären und zu entscheiden, ob dieses Angebot angenommen werden solle. Die St. Paulus-Kirchengemeinde sei bereit, die Vorfinanzierung zu übernehmen sowie einen Eigenanteil in Höhe von 8.000,- € zu tragen.

**Herr Paul** ergänzt, dass die St. Paulus-Kirchengemeinde dieses Jahr 27 Absagen erteilen musste. Für 2010 ständen 28 Kinder auf der Warteliste. Seitens der Kirchengemeinde werde es begrüßt, wenn eine Grundsatzentscheidung in dieser Richtung im Zusammenhang mit der Schaffung der zweiten Krippengruppe fallen würde. Dann könnten die Umbaumaßnahmen so geplant werden, dass der Anbau eines weiteren Gebäudes problemlos möglich sei.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, fasst zusammen, dass der Bedarf für eine weitere Gruppe außer Diskussion stände. **Frau Rück** und **Frau Ethner** sprechen sich für die Einrichtung einer dritten Gruppe aus. **Frau Gersemann** lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Einrichtung einer zweiten Krippengruppe im Küsterhaus der St. Paulus-Kirchengemeinde. Der Baubeginn soll im Jahre 2009 erfolgen. Zudem begrüßt der Jugendhilfeausschuss, sofern der Bedarf gegeben ist, ausdrücklich die Einrichtung einer dritten Gruppe. Der Baubeginn soll voraussichtlich im Jahr 2012 erfolgen.**

**- einstimmiger Beschluss -**

**10. Erweiterung KiTa Otze - Vorstellung der Planung  
Vorlage: 2009 0530**

---

**Herr Beneke** informiert, dass der Anbau an die vorhandene Kindertagesstätte bei Bedarf auch als Krippe genutzt werden könne. Der Gruppenraum sei

mit einer Größe von 50 m<sup>2</sup> und nicht 60 m<sup>2</sup> vorgesehen. Als Ausgleich könnten dafür zwei Kleingruppenräume geschaffen werden. Derzeit müssen noch Details im WC-Bereich geklärt werden. Auf Nachfrage bestätigt **Herr Beneke**, dass die Aufteilung der Räume mit der Kindertagesstättenleitung abgesprochen sei.

**11. Kindergartengebührensatzung  
Vorlage: 2009 0481**

---

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt zum 01.07.2009 in Kraft.**

**- einstimmiger Beschluss -**

**12. Gebühren Tagespflege  
Vorlage: 2009 0486**

---

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehenden Beschluss zu fassen:

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Tagespflege der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft.**

**- einstimmiger Beschluss -**

**13. Neuregelung Tagespflegegebühren  
Vorlage: 2009 0521**

---

**Herr Beneke** weist darauf hin, dass aufgrund kürzlich stattgefundener Verhandlungen mit der Region Hannover weitere Änderungen im Entwurf der Satzung erforderlich gewesen seien. Ein überarbeiteter Entwurf läge allen Jugendhilfeausschussmitgliedern als Tischvorlage vor. Auf die einzelnen Änderungen wird kurz hingewiesen. Im Gleichklang mit den Kindertagesstättengebühren müsse auch bei den Gebühren für die Inanspruchnahme der Tagespflege eine Staffelung der Kostenbeiträge erfolgen. Eine Staffelung ergäbe sich für alle Geringverdiener. Bisher läge keine Formulierungsempfehlung des Landes vor. Sobald dies der Fall sein sollte, werde der Jugendhilfeausschuss informiert.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Be-

schlussvorschlag abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehenden Beschluss zu fassen:

**Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren sowie die Zahlung von Aufwandsentschädigungen für die Tagespflege der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt zum 01.08.2009 in Kraft.**

**- einstimmiger Beschluss-**

**14. Konjunkturpaket II - Förderbereiche und mögliche Maßnahmen**  
**Vorlage: 2009 0508**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, erkundigt sich, ob auch Jugendfreizeiteinrichtungen zu den Maßnahmen der Ziffer 1a zählen würden.

**Herr Lahmann** hält diese seiner persönlichen Einschätzung nach für nicht berücksichtigungsfähig. Er habe eine entsprechende Anfrage an das Innenministerium gestellt, die bisher leider noch nicht beantwortet sei. Sobald ihm eine Antwort vorläge, werde er die Information umgehend an die Politik weiterleiten.

**Frau Schrader** erkundigt sich nach dem Entstehen der Prioritäten.

**Herr Lahmann** erläutert, dass diese auf Vorschlag der Verwaltung, nach deren Notwendigkeit, erstellt worden seien. Die Prioritätenliste sei von den Ausschüssen bestätigt bzw. geringfügig modifiziert worden.

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II.

**15. Zuschüsse an Jugendgruppen**  
**Vorlage: 2009 0529**

---

**Frau Schrader** und **Herr Kardolsky** enthalten sich zu diesem Tagesordnungspunkt.

**Herr Witte** erläutert, dass es sich bei dem Zuschuss für die Jägerschaft Burgdorf um einen Sonderfall handele. Die Teilnehmergebühren für das Kinderbiwak sollen verringert werden.

**Frau Ethner** regt an, für einzelne Maßnahmen Sponsoren zu gewinnen. **Herr Witte** erwidert, dass die Vereine stets sehr bemüht seien, Sponsoren zu finden. Überwiegend gelänge ihnen dieses auch. Es könnten jedoch leider nicht für jede Maßnahme Sponsoren gewonnen werden, so dass er darum bitte, die Zuschüsse, wie vorgeschlagen, zu verteilen.

**Frau Meine** hebt die sehr gute Jugendarbeit aller Gruppen hervor. Sie stimme daher für die Verteilung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den aufgelisteten Jugendgruppen den jeweiligen Zuschuss zu gewähren.**

**- einstimmiger Beschluss -**

## **16. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, berichtet, dass auf der Skaterfläche der Astrid-Lindgren-Grundschule immer wieder Autos parken. Sie bittet die Verwaltung, dem entgegenzuwirken. Des Weiteren sei seitens der Jugendlichen gebeten worden, die Skaterstange auszutauschen. Durch die schrägen Seitenstangen sei ein erhöhtes Verletzungsrisiko gegeben. Ihnen wäre eine Stange ohne seitliche Schrägen lieber.

**Herr Witte** sagt zu, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

### **Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass auch die Krippenerweiterung in der AWO-Kindertagesstätte - wie geplant - durchgeführt werde.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin